

Mobilität | Infrastruktur

Infrastruktur für die Wirtschaft in Niederbayern 2023

vbw

Position
Stand: September 2023

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Gute Standortbedingungen in Niederbayern

Niederbayerische Unternehmen sichern den Wohlstand vor Ort und sind oft weltweit erfolgreich. Wichtige Voraussetzungen dafür liefert eine leistungsfähige Infrastruktur, sowohl am Unternehmenssitz als auch an den Wohnorten der Mitarbeiter.

Wir brauchen bedarfsgerechte Mobilitätsangebote, hochleistungsfähige digitale Netze, eine stabile Energieversorgung sowie hervorragende Bildungsinstitutionen und innovative Forschungseinrichtungen. Flexible Betreuungsangebote für Kinder und ältere Menschen, sowie eine gute, wohnortnahe Gesundheitsversorgung sind in Zeiten des zunehmenden Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels ebenso unerlässlich.

Niederbayern verfügt auf allen genannten Feldern über wertvolle Stärken, aber die Entwicklung von Infrastruktur ist eine Daueraufgabe. Sie muss immer dem Bedarf, den regionalen Gegebenheiten und den Interessen vor Ort Rechnung tragen. Jede Gestaltung von Infrastruktur ist in technischer, planerischer, finanzieller und in politischer Hinsicht eine Herausforderung. Um die Infrastruktur zukunftsfest aufzustellen, muss der Bedarf der Wirtschaft vor Ort berücksichtigt werden. Daraus entwickelt sich eine sinnvolle Gewichtung der Handlungsfelder und Projekte.

Als Beitrag für die politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse nennt unser aktualisiertes Positionspapier konkrete Infrastrukturprojekte, die die Wettbewerbsfähigkeit der niederbayerischen Unternehmen absichern und die Standortattraktivität des Regierungsbezirks stärken.

Bertram Brossardt
14. September 2023

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Standort Niederbayern	2
1.1 Wirtschaft und Industrie	2
1.2 Demografische Entwicklung	2
2 Mobilität	4
2.1 Straßen kapazitätsgerecht entwickeln	4
2.2 Schienenverkehr ausbauen	6
2.3 Überregionale Anbindung im Luftverkehr sicherstellen	6
2.4 ÖPNV stärken, Wohnraumangebot verbessern	6
2.5 Binnenwasserstraßen – Möglichkeiten ausschöpfen	7
3 Digitale Netze	8
3.1 Gigabitnetze flächendeckend schaffen	8
3.2 Mobilfunknetze ertüchtigen, 5G-Netze flächendeckend realisieren	9
4 Energie	11
4.1 Dezentrale Energieversorgung ausbauen	12
4.2 Netzausbau vorantreiben und Möglichkeiten zur Speicherung von Energie entwickeln	13
5 Wissen und Innovation	14
5.1 Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten und berufsbildende Schulen demografiefest aufstellen	14
5.2 Betreuungsangebote kapazitätsgerecht ausbauen	15
5.3 Hochschulen stärker am Bedarf der Wirtschaft ausrichten	15
5.4 Erwachsenenqualifikation an Hochschulen ausbauen	16
5.5 Innovationsinfrastruktur und Technologietransfer fördern	16

6	Gesundheit	17
6.1	Ärzteversorgung flächendeckend erhalten	17
6.2	Krankenhausinfrastruktur bedarfsgerecht weiterentwickeln	18
6.3	Apothekennetz in der Fläche erhalten	19
6.4	Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen	19
7	E-Government	20
7.1	Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen	20
7.2	E-Government – regional und kommunal große Unterschiede	21
7.3	Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene	22
	Anhang	23
	Ansprechpartner/Impressum	25

Position auf einen Blick

Fünf Anliegen zur Infrastrukturentwicklung in Niederbayern

Eine bedarfsgerechte und leistungsstarke Infrastruktur ist wichtig für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Sie muss daher unter besonderer Berücksichtigung der für Teile Niederbayerns absehbar schwierigen demografischen Entwicklung zukunfts-fest ausgebaut werden. Hierzu müssen auf vielen Infrastrukturfeldern Maßnahmen umge-setzt werden.

Zentrale Infrastrukturthemen des Regierungsbezirks sind insbesondere die folgenden Bereiche:

- Bedarfsgerechter Ausbau des Verkehrsnetzes.
- Flächendeckende hochleistungsfähige Breitbandversorgung.
- Sichere, kostengünstige und damit wettbewerbsfähige Energieversorgung.
- Weiterentwicklung der Forschungslandschaft.
- Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und ortsnahe Gesundheitsversorgung.

Das vorliegende Positionspapier konzentriert sich auf konkrete Projekte und Herausforde-rungen auf den einzelnen Infrastrukturfeldern. Die vbw hat zu allen Handlungsfeldern grundlegende Positionspapiere und Studien veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind.

1 Standort Niederbayern

Wirtschaftsstruktur, Demografie, Bewertung

Der insgesamt ländlich geprägte Regierungsbezirk, der unmittelbar an die Tschechische Republik und Österreich grenzt – als sogenannte „Dreiländerregion“ Niederbayern – Oberösterreich – Südböhmen – gliedert sich in neun Landkreise und drei kreisfreie Städte. Etwa 90 Prozent der Bevölkerung Niederbayerns wohnen im ländlichen Raum. Im Vergleich der bayerischen Regierungsbezirke ist dies die höchste Quote. Die Wirtschaftsstruktur des Regierungsbezirks ist vielfältig und hat sich in den letzten Jahrzehnten dank guter Strukturpolitik hervorragend entwickelt.

1.1 Wirtschaft und Industrie

Die westlichen Landkreise Niederbayerns sind eher industriell geprägt. Starke Zuwächse haben in den vergangenen Jahren vor allem der Fahrzeug- und Maschinenbau sowie die Metallindustrie und die Kunststofftechnik erlebt. International agierende große Unternehmen wie auch zahlreiche leistungsfähige kleine und mittlere (Familien-)Betriebe, vor allem im Automobilzuliefererbereich, sind in Niederbayern ansässig. Es besteht ein leichtes Übergewicht der M+E-Industrie. Hier profitiert das westliche Niederbayern und insbesondere die Region um Landshut bereits von der Nähe zum Ballungsraum München. Daneben spielen aber auch Gesundheitswirtschaft und Tourismus eine bedeutende Rolle, vor allem im Bayerischen Wald und im Süden des Regierungsbezirks. Hier findet sich ein vielfältiges gesundheitstouristisches Angebot – u. a. mit zahlreichen bekannten Heil- und Thermalbädern.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrug 2020 rund 39.704 Euro. Es stieg allein zwischen 2010 und 2020 um 27 Prozent. 56,7 Prozent der Bruttowertschöpfung 2020 wurden im Dienstleistungssektor erwirtschaftet, 41,3 Prozent im produzierenden Gewerbe (davon 31,5 Prozent in der Industrie). Der Arbeitsmarkt in Niederbayern ist stabil. Die Arbeitslosigkeit lag im Jahresdurchschnitt 2022 bei 3,0 Prozent und damit leicht unter dem bayernweiten Durchschnitt von 3,1 Prozent.

1.2 Demografische Entwicklung

Die vom Bayerischen Statistischen Landesamt Anfang 2023 vorgelegte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2041 zeigt für Niederbayern einen positiven Trend: Bis 2041 wird mit einer Bevölkerungszunahme von knapp 87.400 (7,0 Prozent) auf knapp 1,34 Millionen Einwohner gerechnet, was insbesondere dem positiven Wanderungssaldo in allen Landkreisen und kreisfreien Städten zu verdanken ist.

Standort Niederbayern

Die demografischen Indikatoren geben einen wichtigen Hinweis für den Handlungsbedarf auf einzelnen Infrastrukturfeldern (Abbildung 1). Bis 2041 wächst das Durchschnittsalter in Niederbayern um 1,9 Jahre auf 46,3 Jahre. Gleichzeitig nimmt auch der Altenquotient¹ um 13,9 Prozentpunkte auf 49,0 Prozent zu. Damit geht ein zunehmender Bedarf an wohnort-naher Gesundheitsversorgung sowie stationären und ambulanten Pflegeangeboten einher.

Positiv zu bewerten ist der um 3,1 Prozentpunkte auf 33,5 Prozent steigende Jugendquotient². Er lässt auf einen wachsenden Bedarf an Betreuungsangeboten für Kinder in Kitas und Schule schließen.

Abbildung 1

Demografische Entwicklung in Niederbayern 2021 bis 2041

	Bevölkerungs- entwicklung [Prozent]	Entwicklung Altenquotient [Prozentpunkte]	Entwicklung Jugendquotient [Prozentpunkte]	Entwicklung Durchschnitts- alter [Jahre]
Bayern	+5,4	+10,6	+3,0	+1,3
Niederbayern	+7,0	+13,9	+3,1	+1,9
Landshut (S)	+11,6	+8,7	+2,2	+1,3
Passau (S)	+6,2	+4,0	+1,6	+0,6
Straubing (S)	+5,4	+8,9	+2,2	+1,2
Deggendorf	+1,3	+15,6	+1,9	+2,6
Freyung-Grafenau	+0,3	+20,9	+3,9	+2,6
Kelheim	+9,7	+13,8	+2,2	+2,2
Landshut	+13,2	+13,9	+4,5	+1,6
Passau	+5,6	+17,2	+3,0	+2,3
Regen	-0,3	+14,5	+3,6	+1,6
Rottal-Inn	+6,9	+14,6	+3,2	+1,9
Straubing-Bogen	+8,6	+14,9	+3,9	+1,8
Dingolfing-Landau	+10,0	+12,8	+3,6	+1,6

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2041; Zahlen zum 31.12. des jeweiligen Jahres; eigene Darstellung; (S) Kreisfreie Stadt, übrige: Landkreis.

¹ Anteil der über 64-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

² Anteil der unter 20-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

2 Mobilität

Mobilitätsinfrastruktur integriert und bedarfsgerecht weiterentwickeln

Im Hinblick auf die Grenzlage zur Tschechischen Republik und zu Österreich profitiert Niederbayern von kurzen Verkehrswegen in diese Wirtschaftsräume. Die in Teilen ländlich geprägte, exportorientierte Region ist wegen des erheblichen Transitverkehrs dringend auf ein hochleistungsfähiges Verkehrsnetz angewiesen. Da Personen- und Güterverkehr ständig zunehmen, sind ein weiterer Aus- und Neubau und die bessere Verzahnung leistungsfähiger Verkehrs- und sonstiger Infrastrukturnetze dringend erforderlich. Überfüllte, stauanfällige Straßen, Engpässe auf der Schiene, ein unzureichender Ausbaustand der Donau als Binnenwasserstraße und der nicht bedarfsgerecht entwickelte ÖPNV belasten die Wettbewerbsfähigkeit der Region insbesondere auch vor dem Hintergrund des signifikanten Fachkräftemangels enorm.

Zentrale Projekte

1. Durchgehende Fertigstellung der A 94 Pocking (Anschlussstelle A 3) – München.
 2. Durchgängiger sechsspuriger Ausbau der A 3 Regensburg – Passau.
 3. Vierspuriger Ausbau der B 20 Furth im Wald / Cham – Straubing – Freilassing.
 4. Zügiger zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke zwischen Plattling und Landshut (Anbindung an den Flughafen München).
-

2.1 Straßen kapazitätsgerecht entwickeln

Tabelle 1 zeigt wichtige Straßenbauprojekte in Planung oder Bau sowie kürzlich abgeschlossene Projekte. Die Projekte müssen zügig vorangetrieben bzw. abgeschlossen werden.

Weitere Straßenverkehrsprojekte – darunter einige Ortsumgehungen (OU) – sind dringend anzugehen. Sie stehen teilweise bereits im Bundesverkehrswegeplan 2030 unter „vor-dringlicher Bedarf“ (Tabelle 2).

Tabelle 1
Straßenverkehrsprojekte in Planung oder Bau

Straße	Projekt	EP	BRGV	B
A3	6-streifiger Ausbau AK Deggendorf – AS Hengersberg		S Q2 2022	
A94	4-streifiger Neubau AS Burghausen – Simbach a.Inn-West (2.FB)		S 2023	
	4-streifiger Neubau Simbach a.Inn-West – Simbach a.Inn-Ost		S 2022	
	4-streifiger Neubau Simbach a.Inn-Ost – Prienbach-Ost		S 2022	
	4-streifiger Neubau Kirchham – Pocking (A3)			S Q2 2021
	Simbach – Pocking (A3), 4-streifiger Neubau Malching – Kirchham			S Q2 2016
B11	OU Ruhmannsfelden		A Q4 2023	
	Verlegung bei Schweinhütt		A Q4 2022	
B12	Straßkirchen - Bärnbach	S Q1 2023		
	3 Fahrstreifen südlich Freyung		A Q4 2024	
	Kreuzung Freyung Ort			S Q2 2024
B15	O-OU Landshut (A 92 – B 299), A92 - LA 14		S Q1 2020	
B15n	4-streifiger Neubau zw. Ergoldsbach (LA9) und Essenbach (A92)			A Q4 2023
	O-Ortsumgehung Landshut (Abschnitt A 92 - LA 14)		S Q1 2020	
B20	4-streifiger Ausbau Straubing (A 3) – südl. Aiterhofen	S Q2 2023		
	OU Gumpersdorf		S Q2 2023	
B299	OU Neuhausen		S Q1 2024	
	OU Weihmichl		A Q4 2022	
B388	Eggenfelden - Pfarrkirchen, westlicher Abschnitt		A Q1 2023	
B533	OU Auerbach		A Q4 2022	

Quelle: Eigene Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. Q1 – Q4 = Quartale; A = abgeschlossen; S = gestartet. EP = Entwurfsplanung; BRGV = Baurechtl. Genehmigungsverfahren; B = Bau.

Tabelle 2
Weitere notwendige Straßenverkehrsprojekte für Niederbayern

Straße	Projekt
B11	Verlegung Deggendorf - Grafling (BVWP/W)
B15	St 2074 (ehem. B 11) – A 92 bei Landshut (BVWP/V)
	O-OU Landshut (A 92 – B 299), LAs 14 - B 299 (BVWP/V)
	S-OU Landshut (B 299 – B 15) (BVWP/V)
B16	östlich Münchsmünster
B20	4-streifiger Ausbau südl. Aiterhofen – Landau (A92)
	4-streifiger Ausbau Straubing (A 3) - Rißmannsdorf
B85	Ausbau Kreuzung Viechtach
B301	OU Puttenhamen, OU Mainburg (BVWP/V)
B388	N-OU Passau (BVWP/V)

Quelle: Eigene Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. BVWP/V = Bundesverkehrswegeplan vordringl. Bedarf.

Immer wichtiger wird eine flächendeckende Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge sowie der Aufbau von Wasserstofftankstellen, deren Ausbau jeweils voranzutreiben ist.

2.2 Schienenverkehr ausbauen

Die ländlichen Regionen Ostbayerns bedürfen eines schlüssigen Mobilitäts-Gesamtkonzepts. Eine auf die Bedürfnisse der in diesen Regionen lebenden Menschen aller Altersklassen abgestimmte Planung ist wesentlicher Standortfaktor und unabdingbare Voraussetzung für die angestrebte Erreichbarkeit gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen Bayerns.

Dazu gehört der dringend erforderliche zügige zweigleisige Ausbau des Schienenverkehrs zwischen Landshut und Plattling, der die Erreichbarkeit des Flughafens München und der Landeshauptstadt erheblich verbessern dürfte.

Darüber hinaus ist das Augenmerk auf die international bedeutende Schienenverbindung Würzburg – Nürnberg – Regensburg – Passau – Wien – Budapest zu richten. Gerade Niederbayern kann von einer optimalen Anbindung bestens profitieren.

2.3 Überregionale Anbindung im Luftverkehr sicherstellen

Eine zeitsparende Anbindung an überregionale Flughäfen ist für viele international tätige Unternehmen von Bedeutung. Der Wirtschaftsstandort Niederbayern hat zum Flughafen München zwischen 50 und 200 km weite Anfahrtswege, die wegen der stark mit Verkehr belasteten Autobahnen nur unter schlecht prognostizierbarem Zeitaufwand zu erreichen sind. Bei der Standortwahl exportorientierter und international tätiger Unternehmen sind zügig erreichbare Flughäfen und Verkehrslandeplätze von zunehmender Bedeutung und gehören inzwischen zur infrastrukturellen Grundausstattung. Dazu müssen mindestens die oben skizzierten Projekte realisiert werden.

Ein kleiner, aber für den Geschäftsreiseverkehr und das Image der Region wichtiger Baustein in der regionalen Verkehrsinfrastruktur sind leistungsfähige regionale Verkehrslandeplätze, wie in Vilshofen, Straubing und Eggenfelden. Sie sind ein Standortvorteil bei der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raums in Niederbayern und müssen erhalten bleiben. Der Ausbau des Verkehrslandeplatzes Landshut konnte dagegen bislang nicht realisiert werden, bleibt aber notwendig.

2.4 ÖPNV stärken, Wohnraumangebot verbessern

Für eine gute Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Bildungs-, Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen ist ein leistungsfähiger und flächendeckend koordinierter ÖPNV insbesondere im ländlichen Raum von großer Bedeutung – sowohl für Mitarbeiter als auch für Schüler und Senioren etc. Er muss als Teil eines ganzheitlichen, multi- bzw. intermodalen

und modernen Mobilitätskonzepten erhalten und vor dem Hintergrund der Energiewende bedarfsgerecht ausgebaut werden. Hierzu gehört auch die Kombination mit neuen Antriebstechniken wie Elektromobilität und Wasserstoff und die Schnittstellenabstimmung mit alternativen Individualverkehrsmodellen wie zum Beispiel Car-Sharing oder Ruftaxen. Diese sind gerade für den ländlichen Raum unerlässlich.

Gleichzeitig sollte vermieden werden, dass zusätzlicher Mobilitätsbedarf allein dadurch ausgelöst wird, dass ein bestehender Wohnraumbedarf nicht gedeckt werden kann. Das Angebot an Wohnraum ist in einigen Städten und Kommunen nicht ausreichend, wenn man als Kriterium den in § 201a Baugesetzbuch definierten „angespannten Wohnungsmarkt“ zugrunde legt. In Niederbayern weisen die kreisfreien Städte Landshut und Passau sowie die Kommunen Bayerbach, Markt Ergolding, Markt Pfeffenhausen, Sankt Englmar und Rottenburg an der Laaber einen angespannten Wohnungsmarkt auf.

Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, das Angebot an Wohnraum in den betroffenen Städten zu verbessern. Der Bayerische Ministerrat hat im September 2022 die Gebietsbestimmungsverordnung Bau beschlossen. Damit soll die Schaffung von Wohnungen durch Nachverdichtung und Aufstockung von Wohngebäuden erleichtert werden, ohne dass vorher der Bebauungsplan geändert werden muss. Zur Verbesserung des Wohnraumangebots ist darüber hinaus der Ausweis zusätzlicher Baugebiete erforderlich. An den jeweiligen (Hoch-) Schulstandorten muss die Zahl an Wohnheimplätzen für Studenten und Berufsschüler ausgeweitet werden.

2.5 Binnenwasserstraßen – Möglichkeiten ausschöpfen

Binnenwasserstraßen sind bedeutende Güterverkehrswege, die über Kapazitätsreserven verfügen. Jedoch genügen Schiffe und Schubverbände den Anforderungen an moderne Transport- und Logistikabläufe nur, wenn sie ganzjährig bei optimalen Wasserverhältnissen fahren können. In Bayern bleibt die Donau bisher weit hinter der möglichen Kapazität zurück. Sie ist als Wasserstraße nicht wettbewerbsfähig, der Verkehr bleibt auf Autobahn und Schiene. Zwischen Straubing und Vilshofen ist die Donau auf einer Strecke von circa 70 km für die Schifffahrt erheblich eingeschränkt. Vor dem Hintergrund eines verbesserten Hochwasserschutzes ist ein bedarfsgerechter Ausbau erforderlich, der ganzjährig verlässliche Schifffahrtsbedingungen gewährt. Zu begrüßen ist, dass die Europäische Kommission im November 2019 in einer Stellungnahme die Erforderlichkeit des Donauausbaus aufgrund der Bedeutung als wichtige europäische Wasserstraße dem Grunde nach anerkannt hat.

3 Digitale Netze

Flächendeckenden Ausbau von Gigabitnetze und 5G-Mobilfunk in den Kommunen konstruktiv begleiten

Die vbw tritt gegenüber Bund und Freistaat für ehrgeizige Ausbauziele der digitalen Netze, eine effiziente Förderpolitik, schnelle und einfache Genehmigungsverfahren und Bauprozesse sowie Werbung für mehr Akzeptanz von Mobilfunkanlagen ein. Im Jahr 2025 sollte Bayern mit Glasfaser und 5G Mobilfunk erschlossen sein. Die kommunale Ebene hat dabei sowohl beim Umgang mit Fördermöglichkeiten als auch bei Genehmigungsprozessen eine Schlüsselrolle.

Digitale Netze – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Notwendige Genehmigungen für Glasfaserleitungen und Mobilfunkmasten zügig erteilen, bei Problemen betreiberfreundlich vorgehen.
 2. Fördermöglichkeiten zum Ausbau der Glasfaser- und 5G-Infrastruktur konsequent nutzen.
 3. Insbesondere auch auf Glasfaseranschlüssen für Unternehmen achten.
 4. Bürgerbedenken gegen den Ausbau vor allem der Mobilfunknetze und unter Einbindung der an den Netzen interessierten Bürgerschaft aufklärend entgegenzutreten.
-

3.1 Gigabitnetze flächendeckend schaffen

Die vbw hat den Ausbaustand des digitalen Festnetzes in Bayern mit einem Update der Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern* zuletzt für das Jahr 2022 untersucht. Leider war – und ist bis heute – der dazu vom Bund zur Verfügung gestellte Datenstand unzureichend: Der Versorgungsgrad wird aufgrund nicht gemeldeter Daten deutlich unterzeichnet. Generell lässt sich sagen: Die Netze machen sichtlich Fortschritte, Bayern und seine Regionen stehen im Bundesvergleich gut da. Allerdings haben die halbstädtischen ebenso wie die ländlichen Räume gegenüber den Städten nach wie vor deutlich aufzuholen, die Anbindung von Gewerbegebieten liegt spürbar unter der von Haushalten, und bis zu einer flächendeckenden Erschließung mit Glasfaser ist noch ein weiter Weg zurückzulegen.

Angesichts der schlechten Datenlage ist eine Darstellung der Versorgungslage auf regionaler Ebene nicht möglich. Allerdings kann trotz großer Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen davon ausgegangen werden, dass die oben zusammengefassten Ergebnisse für jeden Regierungsbezirk Bayerns zutreffen.

Die Ausbaufortschritte der letzten wie auch der nächsten Jahre stützen sich einerseits auf den laufenden marktgetriebenen Ausbau durch die Netzbetreiber, andererseits auf durch die Kommunen abgewickelte Ausbauförderung des Freistaates Bayern und des Bundes. Tabelle 3 zeigt auf, wie stark die Kommunen Niederbayerns dabei auf die bayerische Gigabit-Förderung setzen.

Tabelle 3

Aktivitäten niederbayerischer Kommunen im Gigabit-Förderprogramm

	Im Verfahren, davon →	Bestandsaufnahme	Auswahlverfahren	Zuwendungsbescheid	In Betrieb
01.01.2021	29	26	2	1	0
01.01.2022	101	73	26	2	0
04.08.2022	129	91	25	13	0
17.05.2023	148	93	24	31	0

Quelle: Bayerisches Breitbandzentrum (2022), Datenstand: 17.05.2023;
 22 Kommunen haben Verfahren ausgesetzt, in der Regel da Betreiber eigenwirtschaftlich ausbauen oder da andere Förderinstrumente für die Kommune attraktiver waren.

Die Bundesregierung sieht eine vollständige Erschließung mit Glasfaser in der Fläche für das Jahr 2030 vor. Niederbayern und seine Kommunen sollten darauf abstellen, dieses Ziel schon 2025 zu erreichen und insbesondere Unternehmen schnellstmöglich an das Glasfasernetz anbinden. Dazu muss kommunales Engagement in der Glasfaserförderung das marktgetragene Geschehen weiter überall dort ergänzen, wo es an Grenzen stößt oder notwendigen Ausbau zu lange nicht darstellen kann.

Die Förderprogramme von Freistaat und Bund und die beratende Unterstützung des bayerischen Breitbandzentrums ermöglichen es den Kommunen, diesen Beitrag mit überschaubarem Aufwand zu erbringen.

3.2 Mobilfunknetze ertüchtigen, 5G-Netze flächendeckend realisieren

Die vbw *Studie Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur* (Januar 2023) zeigt, dass die LTE-Empfangsqualität in vielen Teilen Niederbayerns gut ist und auch das Mobilfunknetz der 5. Generation (5G) Fortschritte macht. Nach wie vor gibt es jedoch Regionen mit weißen bzw. grauen Flecken, also unzureichender Mobilfunkversorgung.

Die Bayerische Staatsregierung hat Ende 2018 ein Mastenförderprogramm gestartet, das Kommunen und Netzbetreiber beim Ausbau der Mobilfunknetze vor Ort unterstützt, wenn

Digitale Netze

aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit bisher keine hinreichende Versorgung besteht. Bis zum 06. Mai 2023 haben 91 Gemeinden einen Förderbescheid erhalten. Auf Niederbayern entfallen 16, also knapp 18 Prozent. Dieses Engagement ist ein wichtiger Beitrag zur Schließung von Lücken im Mobilfunknetz und muss rasch vorangetrieben werden.

Das Mastenförderprogramm kann allerdings nur in sehr speziellen Konstellationen zur Anwendung kommen. Vielfach geht es bei Lückenschlüssen im Netz nicht um Förderung, sondern um die Genehmigung von Standorten für Masten durch Kommunen. Soweit solche Genehmigungen erforderlich sind, stehen Kommunen in der Verantwortung, sie auch schnell und verlässlich zu erteilen. Bürgerbedenken, die immer wieder Zubauvorhaben im Wege stehen, sollte über die bayernweite Kampagne *Bayern spricht über 5G* des bayerischen Wirtschaftsministeriums hinaus auch mit zusätzlicher Aufklärung vor Ort begegnet werden.

Ziel muss es sein, das 5G-Netz in jeder Region Bayerns möglichst schnell flächendeckend auszurollen, insbesondere auch an Verkehrswegen. Im Jahr 2025 sollten Netzlücken der absolute Ausnahmefall sein und nur noch dort auftreten, wo objektive Gründe einem Ausbau bisher entgegenstanden. Positiv ist insofern auch die geplante Änderung der Bayerischen Bauordnung zu werten, durch die der Bau von neuen Mobilfunkmasten einfacher werden soll.

4 Energie

Sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung schaffen

Die Energiekrise im Zuge des Russland-Ukraine-Krieges trifft Bayern mit voller Wucht. Die Preise für Erdgas und Strom sind massiv gestiegen und belasten die Unternehmen. Zusätzlich drohen vorübergehende Engpässe bei der Erdgasversorgung, wenn die Einspar- und Substitutionsbemühungen nicht ausreichend fruchten. Parallel muss die Energiewende auch am Standort Niederbayern vorangebracht werden.

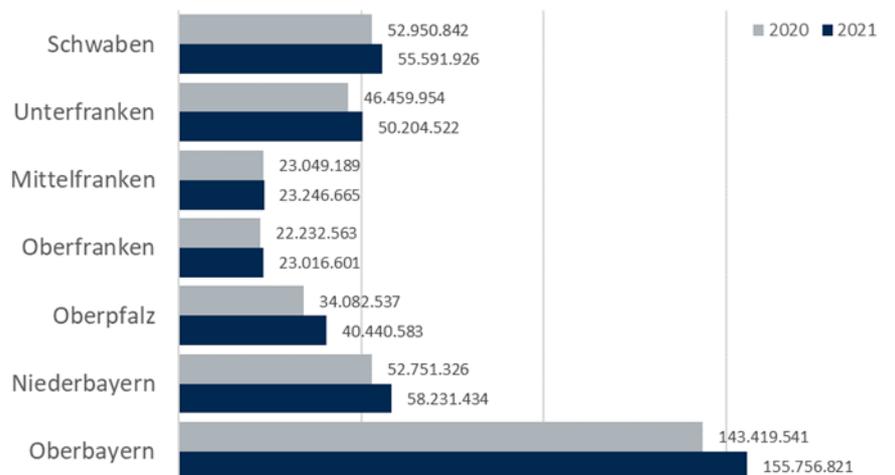
Zentrale Forderungen

1. Regionale Energieversorgung konsequent ausbauen.
2. Netzausbau der niederbayerischen Mittelspannungsleitungen vorantreiben.
3. Energieerzeugung und Netzausbau koordiniert betreiben.

Der Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe (mit Bergbau) belief sich im Jahr 2021 in Niederbayern auf 58.231 Terajoule, was 14,3 Prozent des bayerischen Gesamtverbrauchs von knapp 407.500 Terajoule entspricht (Abbildung 2).

Abbildung 2

Energieverbrauch Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau in Bayern



Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt; eigene Darstellung (Angaben in Tausend Gigajoule).

4.1 Dezentrale Energieversorgung ausbauen

Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien hat in Niederbayern zugenommen – insbesondere bei Photovoltaik. Damit ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch in Niederbayern von 82 Prozent (31. Dezember 2017) auf 95,4 Prozent (31. Dezember 2021) angestiegen – das ist unangefochten Platz 1 unter den Regierungsbezirken. Die Entwicklung bei den einzelnen Energieträgern ist aus der nachfolgenden Tabelle abzulesen.

Tabelle 4

Ausbau der erneuerbaren Energien in Niederbayern

	Anlagen 31.12.2021	Anlagen 31.12.2016	Installierte Leistung 31.12.2021	Installierte Leistung 31.12.2016
Windenergie*	20	15	33 MW	16 MW
Photovoltaik	Dach: 127.551 Frei: 695	103.000	Dach: 2.437 MWp Frei: 996 MWp"	2.570 MWp
Biomasse	558	561	244 MW	201 MW
Wasserkraft	810	814	581 MW	584 MW

Quelle: Energie-Atlas Bayern, Bayerisches Landesamt für Umwelt.

* Anlagen mit mehr als 70 kW; Photovoltaik: Dach = Dachflächen, Frei = Freiflächen.

Folgende Aufgaben sind mit Nachdruck zu verfolgen:

- Ausweisung weiterer Flächen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen,
- Nutzung und Umsetzung der Erkenntnisse aus bestehenden Solar-Parks für die Errichtung weiterer Anlagen,
- Schneller Ausbau der Windenergie an geeigneten Standorten,
- Bau weiterer regionaler Biogasanlagen mit Abwärme-Nutzung,
- Potenziale bei der Biomethanproduktion heben,
- Ausbau und Nutzung der Geothermie an geeigneten Standorten,
- Nutzung der Rohstoffreserve Holz (z. B. in Energiegenossenschaften für Bäder, Schulen, Behörden, Innenstadtgebiete, Kaskadennutzung),
- Modernisierung bestehender Wasserkraftanlagen, Suche und Entwicklung neuer Standorte.

4.2 Netzausbau vorantreiben und Möglichkeiten zur Speicherung von Energie entwickeln

Folgende Aufgaben müssen abgearbeitet werden:

- Die Stromversorgung von Norden nach Süden und zu unseren Nachbarländern muss auch durch schnellstmögliche Realisierung des SuedOstLinks abgesichert werden.
- Die niederbayerischen Mittelspannungsleitungen und die regionalen Niederspannungsleitungen sind für die dezentrale Energieversorgung auszubauen und aufzurüsten.
- Das Stromnetz muss insgesamt zu einem intelligenten, zur Verbrauchssteuerung fähigen Netz weiterentwickelt werden.
- Es muss eine Wasserstoff-Infrastruktur (Erzeugung und Transport) für eine regionale grüne Wasserstoffwirtschaft aufgebaut werden.
- Intelligente Energienetze und Netzplattformen müssen etabliert werden.
- Die Speichertechnologie gilt es weiterzuentwickeln und Speicher zu realisieren.

5 Wissen und Innovation

Wissensinfrastruktur ausbauen, Bildungsinfrastruktur stärken

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in Niederbayern zu einem zentralen Anliegen der Arbeitsmarktpolitik geworden. Notwendig sind ausreichende und hochwertige Möglichkeiten zur Betreuung von Kindern, um für Angehörige den Zugang zum Arbeitsmarkt weiter zu verbessern.

Gerade mit ihren vielen Hidden Champions benötigt die niederbayerische Wirtschaft qualifizierte Fachkräfte und einen direkten Zugang zu Ergebnissen der Forschung. Diese Unternehmen stehen aber teilweise nicht in regelmäßigem Kontakt zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Für sie ist ein direkter und unbürokratischer Zugang zu den Hochschulen vor Ort und auch zu überregionalen Einrichtungen, also den Forschungskapazitäten an anderen bayerischen Standorten, wichtig, um innovative Ideen zu entwickeln und zu realisieren.

Zentrale Anliegen

1. Digitalisierung an Schulen weiter vorantreiben.
 2. Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten bedarfsgerecht entwickeln.
 3. Zugang der Unternehmen zu Hochschulen und Universitäten verbessern.
 4. Wissenschaftliche Weiterbildung an Universitäten und Hochschulen stärken.
-

5.1 Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten und berufsbildende Schulen demografiefest aufstellen

Allgemein muss das deutsche und bayerische Bildungssystem von der Vorschule und Schule über die berufliche Bildung bis hin zur Weiterbildung und Hochschule ständig fortentwickelt, die Bildungsqualität weiter verbessert und die Bildungsbeteiligung erhöht werden. Gerade im ländlichen Raum Niederbayerns geht es neben Vielfalt und Qualität der Bildungsangebote insbesondere um flexible Öffnungszeiten, ganztägige Betreuung und rhythmisierte Ganztagsangebote über alle Schulformen hinweg. Dabei erzeugt der demografische Wandel einen besonderen Anpassungsdruck, dem durch flexible Instrumente, wie z. B. Schulkooperationen oder jahrgangsgemischte Klassen, entgegengetreten werden kann. Ziel muss es bleiben, wohnortnahe Schulangebote in der Fläche zu erhalten.

Angesichts des raschen technologieinduzierten Wandels ist die technikoffene und branchenspezifische Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen und Anpassung an die Anforderungen der digitalen Transformation erforderlich.

Dazu muss die Digitalisierung an allen Schulformen weiter vorangetrieben und das Netzwerk zwischen Schulen und Wirtschaft intensiviert werden. Um die Entwicklung digitaler Kompetenzen der Schüler zu stärken, muss die Qualifizierung der Lehrkräfte im Bereich der digitalen Bildung vom Studium über das Referendariat bis zur Fortbildung phasenübergreifend umgesetzt werden und es müssen Konzepte für einen erfolgreichen digitalen Unterricht verstärkt entwickelt werden. Ziel ist es, dass junge Menschen frühzeitig und kontinuierlich Kompetenzen entwickeln, die es ihnen ermöglichen, in einer sich dynamisch entwickelnden Lebens- und Arbeitswelt bestehen zu können und erfolgreich zu sein.

5.2 Betreuungsangebote kapazitätsgerecht ausbauen

Eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder ist zur Erhaltung und Steigerung der Erwerbstätigkeit der Angehörigen zu sichern. Es bedarf hier eigener Angebote vom Freistaat und von den Kommunen ebenso wie einer angemessenen Unterstützung privater Initiativen und flexibler Kooperationen zwischen Betreuungseinrichtungen und Unternehmen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, sind folgende Aufgaben anzugehen:

- Bedarfsgerechte Entwicklung von Ganztagsbetreuungsangeboten in allen Regionen.
- Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren – vor allem in den ländlichen Regionen.
- Beseitigung von Betreuungsengpässen in folgenden Zeiträumen, orientiert an den Arbeitsverpflichtungen der Eltern:
 - Tagesrandzeiten und Wochenenden (entscheidend vor allem für Beschäftigte in den Bereichen Dienstleistung, Pflege, Gastronomie),
 - Schulferien (betrifft überwiegend Angebote außerhalb der Kindertagesstätten),
 - Schließtage in Kinderkrippen und Kindertagesstätten.

5.3 Hochschulen stärker am Bedarf der Wirtschaft ausrichten

Hochschulen leisten einen elementaren Beitrag, wenn es darum geht, die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft zu erhalten. Denn die Unternehmen im Freistaat brauchen hervorragend ausgebildete Hochschulabsolventen. Grundlage dafür ist ein Hochschulsystem, das die Exzellenz der Ausbildung sichert, die Qualität und Vielfalt des Studiums garantiert und international wettbewerbsfähig ist. Damit Wirtschaft und Wissenschaft innovationsfähig bleiben, ist es notwendig, dass Unternehmen und Hochschulen Wissen eng vernetzen. Folgendes gilt es darüber hinaus zu tun:

- Duale und berufsbegleitende Studienangebote (Schwerpunkt: MINT-Fächer) ausbauen.
- Studierende auf den Arbeitsmarkt vorbereiten (Praxisphasen in den Studiengängen, Ausbau der akademischen Weiterbildung und Förderung des Unternehmergeistes).
- Kooperationen Hochschule – Wirtschaft ausbauen, etwa durch Personalaustausch.
- Aus- und Weiterbildung der Lehrenden im Hinblick auf die digitale Transformation weiterentwickeln.
- Praxissemester obligatorisch in den Studienplan für Master-Studiengänge aufnehmen.

Niederbayern ist mit der Universität Passau, dem TUM Campus Straubing, der HAW Landshut mit ihren Technologiezentren und der Technischen Hochschule Deggendorf mit den drei Standorten Deggendorf, Pfarrkirchen und Cham und den weiteren Technologiezentren sehr gut aufgestellt. Die Studienangebote werden laufend angepasst. Der TUM Campus Straubing kann als Alleinstellungsmerkmal die fakultätsübergreifende Konzentration von Forschung und Lehre auf nachwachsende Rohstoffe, Biotechnologie und Bioökonomie aufweisen. Auch der Medizincampus Niederbayern mit dem Konzept der Einbindung von Passau, Deggendorf, Straubing, Landshut und Mainkofen als Ausbildungsstätten wird zu einer weiteren Vernetzung von Universität / Hochschulen mit der Wirtschaft beitragen.

Die Fachkräfteengpässe im Bereich MINT zeigen, dass der hohe Bedarf an Absolventen nicht vollkommen gedeckt werden kann. Unternehmen, gerade in industriestarken Regionen, haben große Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen.

Die Hochschulen sind aufgefordert, die Zahl der MINT-Absolventen zu erhöhen, vor allem im Bereich der Informatik. Hierzu erforderlich ist unter anderem ein gemeinsames Konzept der niederbayerischen Hochschulen, das den Anforderungen der heimischen Wirtschaft Rechnung trägt und bereits vorhandene Forschungs- und Kompetenzschwerpunkte berücksichtigt.

5.4 Erwachsenenqualifikation an Hochschulen ausbauen

Aus Sicht der niederbayerischen Wirtschaft ist es zudem unerlässlich, dass die Hochschulen neuen Zielgruppen, wie zum Beispiel beruflich Qualifizierten, die Möglichkeit eröffnen, sich akademisch weiterzubilden. Der Anteil der Studierenden mit beruflicher Vorqualifikation, wie Meister oder Fachkräfte mit dreijähriger Berufserfahrung ist deutlich auszubauen. Vermehrte Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sind hierbei anzustreben. Darüber hinaus gilt es, die Anstrengungen weiter zu verstärken und neue Aufgaben anzugehen:

- Weiterbildungsangebote im technisch-ingenieurwissenschaftlichen Bereich an den Universitäten und Hochschulen ausbauen.
- Weiterbildungsangebote auf Zertifikatsebene umsetzen.
- Angebot an berufs begleitenden Studiengängen erweitern.
- Duale Studiengänge ausbauen.

5.5 Innovationsinfrastruktur und Technologietransfer fördern

In den letzten Jahren sind in Niederbayern eine Reihe von Forschungseinrichtungen und Technologietransferzentren (TTZ) neu angesiedelt oder erweitert worden. Dies hat den Forschungs- und Innovationsstandort Niederbayern deutlich vorangebracht. Mit vielen der hier umgesetzten Projekten werden konkrete Forderungen der vbw erfüllt. Hier gilt es jedoch, nicht nachzulassen und für eine Weiterentwicklung zu sorgen. Jetzt müssen die digitalen Gründerzentren INN.KUBATOR Passau, ITC1 Deggendorf, LINK Landshut sowie GREG Rottal-Inn und Freyung-Grafenau plangemäß ausgebaut werden.

6 Gesundheit

Qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und Pflege sicherstellen

Zentrale Projekte

1. Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Arztpraxen im ländlichen Raum entgegenwirken.
 2. Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Allgemeinmediziner, um jungen Hausärzten nach der Familienpause den Wiedereinstieg und Weiterbildung zu ermöglichen.
 3. Angebote zur stationären und ambulanten Pflege bedarfsgerecht ausbauen.
-

6.1 Ärzteversorgung flächendeckend erhalten

Die flächendeckende medizinische Versorgung durch Ärzte ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Gesundheitsinfrastruktur.

Versorgungsgrad und Bedarfsplanung

Maßgeblich zur Beurteilung der Ärzteversorgung je Arztgruppe ist der Versorgungsgrad. Liegt dieser in einer Region bei 100 Prozent, entspricht die tatsächliche Anzahl der dort tätigen Ärzte bzw. Psychotherapeuten der laut Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern benötigten Anzahl.

In der nachfolgenden Tabelle ist für ausgewählte Ärztesgruppen dargestellt, in welchen Regionen ein niedriger Versorgungsgrad (kleiner oder gleich 90 Prozent) vorliegt und somit bei Hausärzten Handlungsbedarf besteht. Darüber hinaus bildet die Tabelle die demografische Situation in den Ärztesgruppen ab, die sich insgesamt im Bereich des bayernweiten Durchschnitts bewegt. Angesichts der demografischen Gesamtentwicklung ist davon auszugehen, dass im nächsten Jahrzehnt eine große Anzahl von Ärzten aus Altersgründen nicht mehr praktizieren wird. Hier muss dafür gesorgt werden, dass die aktuell akzeptable Versorgung erhalten werden kann.

Tabelle 5

Ausgewählte Kennzahlen zur Ärzteversorgung

	Durchschnitts- alter	Ärzte über 60	Gebiete mit niedrigem Versorgungsgrad*
Hausärzte	55,3 Jahre [55,2 Jahre]	39,3 Prozent [35,7 Prozent]	Deggendorf (88,2 Prozent) Eggenfelden Nord (90,0 Prozent) Hengersberg (81,0 Prozent) Simbach am Inn (80,0 Prozent)
Kinder-, Jugendärzte	52,4 Jahre [52,6 Jahre]	26,8 Prozent [26,1 Prozent]	LK Dingolfing-Landau (84,9 Prozent)
HNO-Ärzte	55,7 Jahre [53,4 Jahre]	44,3 Prozent [33,6 Prozent]	
Augenärzte	55,8 Jahre [53,0 Jahre]	41,5 Prozent [33,0 Prozent]	

Quelle: Eigene Darstellung; KVB-Versorgungsatlanen (Stand: Januar 2023).

In eckigen Klammern jeweils die Durchschnittswerte für Bayern.

* Bei Fachärzten entspricht das Versorgungsgebiet den Landkreisgrenzen, bei Hausärzten handelt es sich um spezifische, kleinteiligere Versorgungsgebiete.

Der Bedarf an ärztlicher Versorgung in der Fläche ist durch folgende Maßnahmen sicherzustellen:

- Anreizsysteme schaffen, die der Schließung von Arztpraxen im ländlichen Raum entgegenwirken.
- Gemeinsame Arztpraxen sowie kommunale und private Ärztehäuser als Gemeinschaftseinrichtungen unterstützen.
- Weiterbildungskonzepte für Allgemeinmediziner entwickeln, um jungen Hausärzten nach der Familienpause Wiedereinstieg und Weiterbildung zu ermöglichen.
- Angebots- und Abrechnungsvorgänge digitalisieren.

Der Medizincampus Niederbayern als Teil der Hightech Agenda Bayern mit den Ausbildungsstätten Passau, Deggendorf, Straubing und Landshut kann ebenfalls einen wichtigen Beitrag leisten.

6.2 Krankenhausinfrastruktur bedarfsgerecht weiterentwickeln

Eine gute Krankenhausinfrastruktur ist das Rückgrat der medizinischen Versorgung. Die unterschiedlichen Versorgungsstufen der einzelnen Krankenhäuser sichern eine qualitativ gute stationäre Versorgung in Niederbayern. Die aktuelle Bettenzahl deckt den Bedarf. Die laufende Veränderung der Rahmenbedingungen wie z. B. der medizinisch-technische

Fortschritt, Änderungen im Fachrichtungsspektrum, neue ambulant durchführbare Behandlungsmöglichkeiten sowie demografische Entwicklungen erfordern eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Krankenhauslandschaft in Niederbayern. Dies gilt auch für Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, deren Bedarf in jedem Fall steigen wird.

6.3 Apothekennetz in der Fläche erhalten

Insgesamt ist die flächendeckende Versorgung gegeben. Je 100.000 Einwohner gibt es 23,6 Apotheken in Niederbayern. Diese Zahl liegt über dem bayernweiten Durchschnitt von 22,3 Apotheken. Die aktuelle Verteilung der Standorte gewährleistet i. d. R. akzeptable Anfahrtswege. Es gilt, dieses Angebot weiter aufrecht zu erhalten.

Allerdings wird die bedarfsgerechte flächendeckende Ausstattung in den nächsten 20 Jahren insbesondere in den ländlichen Räumen zur Herausforderung. Gründe sind u. a. Probleme bei der Gewinnung von Berufsnachwuchs und Inhaber-Nachfolgern sowie der Rückgang der Zahl an niedergelassenen Ärzten. Hier gilt es, Engpässe zu vermeiden und die Versorgung auch in den ländlichen Regionen durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Apotheken im ländlichen Raum entgegenwirken.
- Mobile Apotheken beziehungsweise Fahrdienste von Apotheken etablieren.

6.4 Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Anliegen der Arbeitsmarktpolitik. Der in Niederbayern bis 2040 mit 46,7 Prozent stark zunehmende Altenquotient (Kapitel 1.2) wird auch die Nachfrage nach Pflegeangeboten deutlich steigen lassen. Um Berufstätige bei der Pflege von Angehörigen zu entlasten, müssen die Angebote zu Betreuung und Pflege ausgebaut werden. Mit der Verbesserung der Pflegeinfrastruktur sind folgende Maßnahmen verknüpft:

- Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs.
- Erstellung von Konzepten zur wohnortnahen Unterbringung von Angehörigen in Betreuungseinrichtungen.
- Vorhaltung von Angeboten für flächendeckende Kurzzeitpflege und Tagespflege in bevölkerungsschwachen Regionen, insbesondere an Tagesrandzeiten und Wochenenden.
- Begleitung privater Investitionen in den demografiegerechten Ausbau von Pflegeeinrichtungen durch die Kommunen.
- Erleichterungen für Arbeitnehmer im Umgang mit der Pflegebedürftigkeit von Familienangehörigen durch Kooperation von Pflegeeinrichtungen und Arbeitgebern.
- Erstellung von Konzepten zur Förderung der Laienpflege.

7 E-Government

E-Government-Leistungen in die Fläche tragen

Zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Verfügbare E-Governmentlösungen umgehend einsetzen.
 2. Eigenes Ortsrecht digital umsetzen.
 3. Register für automatisierten Zugang öffnen.
 4. Für Unternehmen wichtige Verfahren bei der Digitalisierung priorisieren.
-

7.1 Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen

Ein zentrales Anliegen an den modernen Staat ist der Abbau bürokratischer Hürden für unternehmerisches Handeln. Verwaltungsprozesse müssen vor allem für Unternehmen deutlich schneller und flexibler werden, die Serviceorientierung der Verwaltung muss ausgebaut werden.

Anforderungen von Unternehmen an die Entwicklung von E-Government

Grundlegendes

- Einfacher Zugang zu und schnelle Abwicklung von digitalen Verwaltungsleistungen.
- Digitalen Austausch bidirektional, maschinell verarbeitbar ermöglichen.
- Datensicherheit und digitale Authentifizierung gewährleisten.

Komplexe Services: Prioritäten

- Digitales Postfach mit Nutzungsrechten; Rechtsmanagement mit Einbeziehung von Dienstleistern
- Verknüpfung Postfach ↔ interne IT-Systeme
- Effizienzpotenzial auch in und zwischen Unternehmen heben
- Once Only-Prinzip: öffentlich bereits vorhandene Daten automatisiert einbinden.

Digital-Check für neues und aktuelles Recht

- Wo nötig Digitalisierbarkeit der Verfahren herstellen, etwa durch Wegfall von Schriftformerfordernissen oder unlogischen Anforderungen.

Lösungen für Unternehmen priorisieren

Einen wesentlichen Beitrag dazu kann und muss E-Government leisten. Es geht dabei um weit mehr als nur die medienbruchfreie digitale Umsetzung bestehender Verwaltungsverfahren. Verantwortliche in Behörden und Unternehmen müssen durch deutlich weitergehende Schritte Zeit für nicht automatisierbare Tätigkeiten gewinnen.

Im Zuge des Umstiegs auf digitale Verfahren gilt es zudem, rechtliche Vorgaben und die Verfahren selbst einfacher zu gestalten.

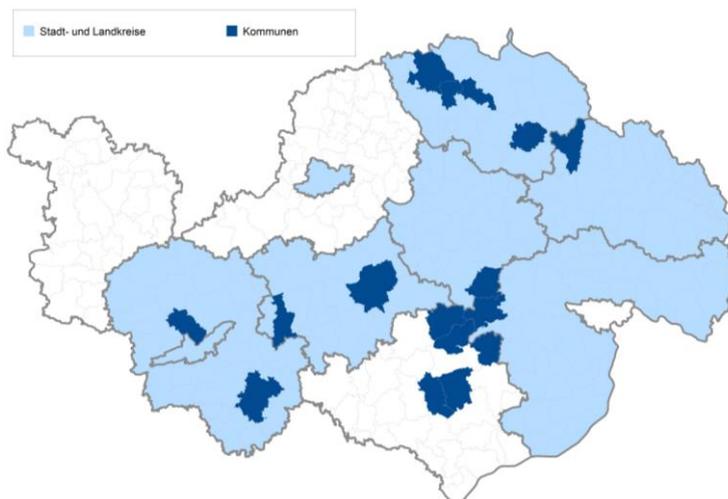
Digitale Verfahren sollten zudem so aufgesetzt sein, dass sich darin verwendete Daten maschinell weiterverarbeiten lassen – nicht nur in Unternehmen und Verwaltungen, sondern wo nötig und sinnvoll auch gegenüber Dritten. Erst damit bringt E-Government den notwendigen breiten Digitalisierungs- und Effizienzschub, den wir davon erwarten.

7.2 E-Government – regional und kommunal große Unterschiede

Die vorbereitenden Leistungen für deutschlandweit kompatible E-Governmentangebote müssen Bund und Länder verantworten. Es geht vor allem um gemeinsame Standards und Schnittstellen, einheitliche oder zumindest kompatible Programme und Plattformen, darunter auch das oben genannte Postfach, sowie um digitale Authentifizierungstools. Die regionale und kommunale Ebene ist vor allem als Anwender gefragt. Hier bewegt sich schon viel, allerdings zeigt Abbildung 3 auch große Unterschiede auf, die deutlich machen: Es ginge schon mehr, man muss es allerdings auch umsetzen.

Abbildung 3

Digitale Ämter – Kommunen, Stadt- und Landkreise in Niederbayern



Quelle: Eigene Darstellung; nach Angaben aus dem Bayern-Portal.

Abbildung 3 zeigt die Kommunen, Stadt- und Landkreise in Niederbayern, denen der Freistaat Bayern bereits die Auszeichnung „Digitales Amt“ verliehen hat. Sie alle haben bereits

mindestens 50 zentrale bzw. kommunale Online-Verfahren über das Bayern-Portal verlinkt. In Niederbayern besteht noch in vielen Kommunen sowie in einigen Landkreisen Nachholbedarf.

Dieser Weg muss weiter gegangen werden, bis jede Leistung, die sich digital anbieten lässt, auch überall entsprechend angeboten wird.

7.3 Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene

Vor diesem Hintergrund ergeben sich aus Sicht der Wirtschaft für die regionale und kommunale Entwicklung von E-Government klare Prioritäten:

Erstens gilt es, schon einführbare Lösungen für E-Government flächendeckend einzusetzen und neue Lösungen dann, wenn sie verfügbar sind, umgehend einzuführen. Beispiele dafür sind

- als verfügbare Lösungen die Bauplanung und -genehmigung, das Angebot, Rechnungen an die Verwaltung als E-Rechnungen auszustellen oder der gerade eingeführte elektronische Gewerbesteuerbescheid,
- als hoffentlich bald verfügbare Lösungen ein elektronischer Grundsteuerbescheid, Eintragungen, Änderungen und Löschung im Grundbuch oder die weitestgehend automatisierte Genehmigung vorübergehender Baustelleneinrichtung im öffentlichen Raum.

Zweitens gilt es, in allen kommunalen Gebietskörperschaften auch das eigene Ortsrecht auf Digitalisierbarkeit zu überprüfen, ggf. daraufhin anzupassen und dann ebenfalls in elektronische Lösungen umzusetzen.

Drittens sollten auch kommunale Register für automatisierten digitalen Zugriff geöffnet werden, sobald dafür im Zuge der Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes die notwendigen Formate / Schnittstellen verfügbar gemacht wurden.

Viertens gilt es auch auf kommunaler Ebene, vorrangig Verfahren anzugehen, deren Digitalisierung den Unternehmen Hindernisse aus dem Weg räumt.

Anhang

Energie

- vbw Position *Energiepolitik in Deutschland*, April 2023
- vbw Position *Versorgungssicherheit für Bayern*, November 2022
- vbw Position *Aufbau der Wasserstoffwirtschaft*, Mai 2023
- vbw Position *Digitalisierung der Energiewirtschaft*, April 2023
- Studie *Folgen einer Lieferunterbrechung von russischem Gas für die deutsche Industrie*, Juni 2022 (Update Juni 2023)
- Studie *Energiepreismechanismen in Theorie und Praxis*, August 2023
- Studie *Strompreisprognose*, Juli 2023
- Studie *Monitoring der deutschen Gasbilanz*, September bis Juli 2023
- Studie *Monitoring der deutschen Gasbilanz – Auswirkungen auf die Industrie*, November 2022
- Studie *11. Monitoring der Energiewende*, Januar 2023
- Studie *Bayernplan Energie 2040*, April 2023 (VBEW in Kooperation mit der vbw)
- Studien-Reihe *Bayernplan Energie 2040: Ergebnisse für die Regierungsbezirke*

Klima

- vbw Position *Klimapolitik*, Mai 2023
- Studie *Mehrinvestitionen für Klimaschutz in Bayern*, August 2022
- Studie *Klimapolitik nach Sharm El Sheikh*, Dezember 2022
- Studie *Klima 2030. Nachhaltige Innovationen*, Dezember 2020

Mobilität

- vbw Position *Mobilitätssystem für morgen – leistungsfähig, intermodal, digital*, Juli 2020
- vbw Position *Luftverkehr – fit für die Zukunft*, August 2023
- vbw Position *Moderne Verkehrsinfrastruktur*, Januar 2023
- vbw Position *Wohnraum in Bayern schaffen*, Juli 2023
- Studie *Klimafreundlicher Brennertransit* im Rahmen des vom Bayerischen Staatsministerium für Bauen und Verkehr geförderten Projekts „Klimafreundlicher Brennertransit“, April 2023

Bildung und Innovation

- vbw Position *Vorschule und Schule*, Dezember 2022
- vbw Position *Hochschulen*, Dezember 2022
- vbw Position *Berufliche Bildung*, Oktober 2022
- vbw Position *Betriebliche Weiterbildung*, Oktober 2022
- Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft *TechCheck 2019. Technologien für den Menschen, Handlungsempfehlungen*, Juli 2019

Anhang

Digitale Netze und E-Government

- vbw Position *Digitale Netze*, Januar 2023
- vbw Studie *Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen*, Januar 2023
- vbw Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern*, Januar 2023
- vbw Studie *Förderung von Gigabitnetzen*, Juni 2022
- vbw Position *Der digitale Freistaat*, November 2022

Gesundheit und Pflege

- vbw Position *Leitlinie für ein Gesundheitssystem der Zukunft*, Mai 2023
- vbw Studie *Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen*, Juli 2018
- Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft: *Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen – Analyse und Handlungsempfehlungen*, Juli 2018

Ansprechpartner/Impressum

Dr. Jutta Krogull

Geschäftsführerin

Bezirksgruppe Niederbayern

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Telefon 0851 49 08-3811

jutta.krogull@vbw-bayern.de

Volker M. Schilling

Abteilung Wirtschaftspolitik

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Telefon 089-551 78-268

volker.schilling@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw September 2023